

## Österreichs Finanzminister plant drastische Einsparungen - was jetzt kommt!

Österreich plant massive Einsparungen im Budget 2025. Geplante Maßnahmen betreffen unter anderem Klimabonus und Bildungskarenz.



**Österreich** - Österreich steht vor einer erheblichen finanziellen Herausforderung, nachdem am Sonntag neue Daten der EU-Kommission veröffentlicht wurden, die einen Einsparbedarf von bis zu 24 Milliarden Euro aufzeigten. Finanzminister Gunter Mayr bestätigte, dass das Land dringend Maßnahmen ergreifen muss, um das massive Budgetdefizit zu reduzieren, und dabei scheinen zahlreiche „Zuckerl“ für die Bevölkerung, darunter der Klimabonus und die Bildungskarenz, auf der Streichliste zu stehen. Die von der Koalition vereinbarten Maßnahmen sehen eine mögliche Einsparung von 6,3 Milliarden Euro im Jahr 2025 vor, während für das Jahr 2026 sogar 8,7 Milliarden Euro

eingespart werden sollen, wie [kleinezeitung.at](http://www.kleinezeitung.at) berichtete.

Zu den konkreten Planungen im sogenannten Budgetsanierungsmaßnahmengesetz für 2025 gehören die Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung für Photovoltaikanlagen, die Streichung von Sonderabgaben auf Elektrofahrzeuge und eine drastische Erhöhung der Tabaksteuern. Besonders betroffen ist auch die Bildungskarenz: Ab April 2025 wird das Weiterbildungsgeld abgeschafft, wie ebenfalls bei [krone.at](http://www.krone.at) zu lesen ist. Diese Maßnahmen sollen helfen, eine Konsolidierung von insgesamt 0,9 Milliarden Euro in diesem Jahr zu erreichen, während das Budgetprovisorium gesetzlich fixiert wurde, um mehr Flexibilität bis zur endgültigen Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes zu schaffen.

## Verschärfung der Steuergesetze

Ein zentraler Punkt im Finanzplan ist der verlängerte Energiekrisenbeitrag, der ab dem 1. April greift. Diese Steuer wird auf Übergewinne von Stromerzeugern mit einem Satz von 95 Prozent erhöht, was in der Branche für Diskussionen sorgt. Die Regierung reagiert damit auf die Notwendigkeit, weitere Einnahmen zu generieren, ohne die Energiepreise für Verbraucher zu erhöhen. Die Regelungen sind ein Teil der breiteren Bemühungen, die finanzielle Stabilität zu sichern und den Haushaltsplan im Sinne der EU-Vorgaben anzupassen. Dabei wird die Abschaffung von Sozialleistungen wie der Bildungskarenz als ein entscheidendes Instrument gesehen, um kurzfristige Einsparungen zu erzielen und das Vertrauen der EU in die österreichische Finanzpolitik zu stärken.

Details	
<b>Vorfall</b>	Sonstiges
<b>Ort</b>	Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.kleinezeitung.at">www.kleinezeitung.at</a></li><li>• <a href="http://www.krone.at">www.krone.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**